

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 4

Artikel: Der Krieg im Äther
Autor: Hartmann, Horst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Krieg im Äther

Je länger die CDU/CSU in Bonn auf den unbequemen Oppositionsbänken sitzt, desto rigoroser werden ihre Versuche, die Massenmedien Funk und Fernsehen entweder unter ihre Kontrolle zu bringen oder – wo das nicht möglich ist –, zumindest unter Druck zu setzen und einzuschüchtern. Nun wäre es weltfremd, die Kündigung des Staatsvertrages über den Norddeutschen Rundfunk (NDR) durch das von der CDU regierte Land Schleswig-Holstein, mit dem sich die Länder Niedersachsen, das ebenfalls von der CDU regiert wird und der Stadtstaat Hamburg unter SPD-Führung auseinandersetzen müssen, als plötzliches Naturereignis zu werten. Nein, es ist kein Unwetter über die ahnungslosen Hörer und Zuschauer hereingebrochen.

Einen unpolitischen Rundfunk, genauer gesagt einen Rundfunk ohne das wachsame Auge der Parteien gab es nie. Die jeweiligen Länderregierungen sorgten stets für ihre Vertrauensleute in Schlüsselpositionen. Dabei spielte die journalistische Qualifikation leider nicht immer die entscheidende Rolle, vor allem nicht bei der Intendantenwahl in CDU-Ländern. Wie verbissen um Macht und Einfluss in den als Körperschaften des öffentlichen Rechts organisierten Anstalten gerungen wurde, zeigte die frühzeitige Zerschlagung des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), dessen Sendegebiet die gesamte britische Besatzungszone umfasste und aus dem der Westdeutsche Rundfunk (WDR) in Köln und der Norddeutsche Rundfunk (NDR) in Hamburg entstanden.

Ziel der CDU war es damals, mit dem WDR einen ihr ergebenen Sender zu installieren, was sich jedoch langfristig als Fehlspekulation erweisen sollte, weil sich christdemokratische Journalisten nicht als Hofberichterstatte verstanden. Als Bundeskanzler Konrad Adenauer ein Regierungsfernsehen zu gründen versuchte, musste er jedoch auf Grund verfassungsrechtlicher Bedenken seine Pläne für das «Deutschland-Fernsehen» in der Schublade verschwinden lassen. Heute wird der politische Kurs der einzelnen Anstalten durch die Länderregierungen bestimmt. Die Union beherrscht den Bayerischen Rundfunk, den Süddeutschen Rundfunk, den Südwestfunk, den Saarländischen Rundfunk und das ZDF in Mainz. Die Sozialdemokraten bestimmen im Norddeutschen Rundfunk, im WDR, der grössten deutschen Rundfunkanstalt, im Hessischen Rundfunk, bei Radio Bremen und im Sender Freies Berlin.

Der Einfluss der Länderregierungen ging bislang allerdings nicht so weit, dass sie das gesamte Programm dirigieren, pluralistische Meinungsäusserungen garantieren noch immer eine Meinungsvielfalt, die aber zusehends eingeeengt wird, jedenfalls auf politischem Gebiet. Der Krieg um den NDR begann offiziell im Sommer 1978 mit der Attacke des schleswig-hol-

steinischen Ministerpräsidenten Dr. Gerhard Stoltenberg gegen den NDR und fand mit der Kündigung des Staatsvertrages seinen Höhepunkt. Das ist in der Geschichte des deutschen Nachkriegsrundfunks ein bisher einmaliger Vorgang. Stoltenberg bemängelte die «schwere Finanzkrise», eine «mangelnde Programmausgewogenheit» und verlangte eine «Verstärkung der Regionalberichterstattung». Während die bisherige Organisationsstruktur beibehalten werden soll, sprach Stoltenberg sich für eine neue Konzeption der Rundfunkgremien aus.

Der Ministerpräsident als Rundfunkpapst

Die Mitglieder des Rundfunkrates sollen durch politische, weltanschauliche und gesellschaftliche Gruppen zum grössten Teil ernannt werden, was eine Annäherung an die Zusammensetzung des ZDF in Mainz bedeuten würde. Doch diese Lösung bleibt illusionär, denn auch in Mainz bilden sich im Ernstfall zwei parteipolitische Lager, wenn die 66 Fernsehräte einen Gesinnungseid ablegen sollen. Ausserdem weiss Stoltenberg nur zu gut, dass sich bei seinen Vereinsstrategen und Verbandszaunkönigen eine deutliche Mehrheit für die CDU ergeben würde. Im Rundfunkrat sollen Parlamentarier und Vertreter des öffentlichen Dienstes nicht mehr als ein Viertel und im Verwaltungsrat nicht mehr als ein Drittel der Sitze erhalten. Den bisherigen Programmbeirat will Stoltenberg auflösen.

Der Pferdefuss dieser Konzeption zeigt sich in dem Plan, dem Rundfunkrat erhebliche zusätzliche Machtmittel einzuräumen, nämlich die «Programmüberwachung», den Erlass von Programmrichtlinien sowie die Wahl des Intendanten. Auch die Programmgrundsätze lassen erkennen, wohin der Kurs geht. Die Rede ist von den Wertvorstellungen des Grundgesetzes, von Objektivität und Überparteilichkeit. Aber das schöne Unionsschlagwort von der «Ausgewogenheit» beinhaltet im Grunde nichts anderes, als die begründete Kritik an bestehenden Machtverhältnissen in Staat und Wirtschaft nicht mehr zuzulassen. Das zeigt sich vor allem in der Forderung nach einem bislang bei keinem bundesdeutschen Sender existierendem Gegendarstellungsrecht, der Einführung eines Beschwerderechts und dem Recht auf Einsichtnahme in Aufzeichnungen.

Wenn es nach Stoltenberg geht, muss ein Funkredakteur bei Androhung seiner Kündigung einen Gebotskatalog beachten, der ihn zum eigenen Zensor macht: Er soll für den Bundesstaat eintreten, für die Wiedervereinigung, die Einigung Europas, sittliche und religiöse Grundüberzeugungen der Bevölkerung achten und einen aktiven Beitrag zur sittlichen Wertordnung leisten, was immer man darunter zu verstehen hat. Der arme Funkredakteur soll Ehe und Familie respektieren, aber die Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit unter überwiegender Betonung von Konflikten ist ihm verboten.

Es riecht nach staatlicher Zensur

Diese Wohlverhaltensregeln passen eher in einen Ständestaat faschistischer Prägung als in eine parlamentarische Demokratie. Mit dem Geist des Bonner Grundgesetzes lassen sie sich nicht vereinbaren, auch dann nicht, wenn man vom Rundfunk eine integrierende Funktion erwartet, wie das Bundesverfassungsgericht. Die Wohlverhaltensklauseln führen zu einem Kontrollsystem, das einen unabhängigen Journalismus unmöglich macht und selbst einen Nachrichtensprecher in Gewissenskonflikte bringt. Der stellvertretende Hörfunkchef des NDR, Jürgen Kellermeier, wies darauf hin, dass der Plan des Gegendarstellungsrechtes nicht nur die Hörer vergault, sondern auch bedenkliche politische Folgen haben müsste.

Denn nach dem Gleichheitsgrundsatz bekämen extreme Kräfte wie K-Gruppen und Neofaschisten Gelegenheit, lang und breit antidemokratische Auffassungen im Funk und Fernsehen zu verbreiten. Im Ausschluss einer nicht überwiegend unter Konfliktgesichtspunkten behandelten Berichterstattung sieht Kellermeier «ein breites Einfallstor für zensurähnliche Interventionsversuche». Harmloser klingt die Forderung Stoltenbergs nach mehr föderalistischen Prinzipien. Aber auch dahinter verbirgt sich ein politischer Schachzug, weil damit der wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt der Region, die Weltstadt Hamburg, Sendezeiten zugunsten der dünn besiedelten Gebiete in CDU-regierten Ländern verliert. Schliesslich lassen sich aus Ostfriesland oder Dithmarschen kaum Interviews mit den dort grasenden Kühen durchführen.

Das Dilemma der Union: Es fehlen Rechtsintellektuelle

Stoltenbergs Wunschvorstellung von absurden Gesinnungskontrollen einer lückenlosen Überwachung aller Sendungen mit der Stoppuhr, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Bonner Republik noch immer der liberale, meist nicht parteigebundene Journalist überwiegt. Der Geist steht zwar nicht geschlossen links, aber im Konfliktfall zwischen Macht und Geist eher links als rechts, auf jeden Fall links von der Mitte, sieht man von jenen Journalisten ab, die für bestimmte Meinungsfabriken mit deutschnationalem Kurs tätig sind. Im Gegensatz zu Weimar gibt es in der zweiten deutschen Republik keine «Rechtsintellektuellen», jedenfalls keine Publizisten von Rang und Namen, wohl aber einflussreiche linksliberale Publizisten, sieht man einmal von der Majorität der eindeutig links orientierten Schriftsteller ab, die das kulturelle Klima entscheidend bestimmen.

Diese Situation hat zu Unsicherheiten in der Union geführt. Daher erklärt sich auch das Klagelied von der angeblichen Linkslastigkeit der Massenmedien. Die SPD profitiert zweifellos von dieser Situation. In die Schusslinie der Kritik gerät sie erst dann, wenn sie sich allzu opportunistisch gebärdet und ihren eigenen Reformauftrag verleugnet. Weniger gut für die Bonner SPD/FPD-Koalition sieht es in der Tagespresse aus, die in

ihrer grossen Mehrheit betont bürgerliche Auffassungen vertritt vor allem in der Wirtschaftspolitik, auch wenn sie sich überparteilich gibt.

Der Druck der Union auf die Funkhäuser hat selbst bei ihren Gefolgsleuten Unmut und Proteste hervorgerufen. Auch die Besetzung der Schlüsselpositionen in den von ihr regierten Länderanstalten bietet nicht immer die Garantie für Sendungen nach ihrem Geschmack. Noch überwiegen an der Basis liberale Geister, auf Unabhängigkeit bedachte Köpfe, mit dem Streben nach ungehinderter Berufsausübung. Die daraus resultierenden Spannungen führten so weit, dass selbst von der CDU eingesetzte Intendanten eine Gängelung durch die Partei zu verhindern suchten. Das beste Beispiel lieferte wohl der frühere Indentant des Bayerischen Rundfunks, Christian Wallenreiter, ein konservativer Mann, der die berechtigten Interessen der Anstalt gegenüber der bayerischen Staatspartei wahrnahm, während der Sender nach ihm zur Parteifiliale verkam, was in München bei nüchtern denkenden Leuten nur noch Kopfschütteln verursacht. Die Distanz zwischen den Verantwortlichen in den Sendern und ihren christdemokratischen Aufsehern ist unübersehbar. So hat auch der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, die windigen Behauptungen von Unionspolitikern deutlich zurückgewiesen.

Eiertänze des NDR-Verwaltungsrates

Die CDU hat mit Stoltenbergs Forderungen die gesamte ARD massiv unter Druck gesetzt, denn eine Auflösung des NDR mit seinen 3250 Beschäftigten wäre für das ARD-Fernsehprogramm katastrophal, da der Hamburger Sender mit zwanzig Prozent am ersten Fernsehprogramm beteiligt ist. Viel zu gewinnen wäre für die «Nordlichter» in Kiel allerdings nicht, wenn sie ihren Separatismus durch einen eigenen Landessender krönen. Radio Kiel wäre kaum grösser als die bereits vorhandenen Minisender des Saarländischen Rundfunks, Radio Bremen und Sender Freies Berlin und ohne Zuschüsse nicht lebensfähig. Den Aufbau eines leistungsfähigen Senders kann sich das Armenhaus Schleswig-Holstein nicht leisten.

Hier sind Stoltenberg deutliche Grenzen gesetzt. Die Kündigung des Staatsvertrages, dessen Auswirkung sich letzten Endes auch gegen ihn wenden kann, dürfte mit auf seine Verärgerung über die für ihn wenig schmeichelhafte Berichterstattung anlässlich der Unruhen auf dem Gelände des geplanten Atomkraftwerkes Brokdorf und die Fernsehreihe «Der Betriebsrat» zurückzuführen sein. Stoltenberg hatte sich wegen seines rigorosen Polizeieinsatzes gegen Demonstranten viel Kritik in der Öffentlichkeit eingehandelt, nicht nur im NDR. Beide Streitpunkte hatte der Verwaltungsrat des NDR getadelt, was der Intendant Martin Neuffer (SPD) als rechtswidrig bezeichnete. Damit hatten die jahrelangen Auseinandersetzungen in diesem Gremium über das zeitkritische Magazin «Panorama» und interne Personalfragen ihren Höhepunkt erreicht.

Die Besetzung des Verwaltungsrates durch je vier Politiker der SPD und CDU erwies sich erneut als schwere Hypothek, nachdem es bereits zu Verzögerungen bei der Wahl des Intendanten und der Vertragsverlängerung für Chefredakteur Peter Merseburger gekommen war. Um überhaupt arbeitsfähig zu sein, wird daher der Vorsitzende des Verwaltungsrates in jährlichem Turnus neu gewählt. Seine Stimme gibt bei der 4:4-Pattsituation daher den Ausschlag. Diese Notlösung wurde leider zur Dauer Einrichtung. Mit Hilfe des niedersächsischen Kultusministers Werner Remmers (CDU) stellte das Gremium fest, die Sendereihe «Der Betriebsrat» habe den Staatsvertrag verletzt, da sie einseitig einer Interessengemeinschaft diene. Der Fernsehdirektor F. W. Räuker (CDU) weigerte sich schliesslich, für die leicht verändert ausgestrahlte Serie die Verantwortung zu übernehmen.

Die Fiktion von der Ausgewogenheit

Die Vorwürfe von der angeblichen Linkslastigkeit des Senders lässt sich zwar behaupten, aber nicht belegen, schon gar nicht mit Statistiken. Nach Ansicht der CDU waren 67 Sendungen gegen Brokdorf, 16 neutral und 17 für das Kernkraftwerk. Nach Ansicht des Intendanten dagegen zeigten 58 eine neutrale, 23 eine positive und 19 eine ablehnende Tendenz. Aber Berichte lassen sich nicht immer eindeutig parteipolitisch gegeneinander abwägen bestenfalls das gesamte Programm. Die Fiktion von der erstrebten Ausgewogenheit nannte der Hamburger SPD-Landesvorsitzende Paulig sarkastisch eine Mischung von «katholischem Gottesdienst mit evangelischer Predigt nach den Regeln des Talmud». Vor der Kündigung des Staatsvertrages verhielt sich die CDU übrigens betont aggressiv.

1976 versuchte die Kieler Regierung Einfluss auf die landespolitischen Kommentare zu nehmen und 1977 wollte die Union die Themen für das regionale Fernsehen über den Kopf des Intendanten in Hamburg hinweg mit dem NDR-Studio Kiel abstimmen. Doch derartige massive Frontalangriffe zählen heute nicht mehr. Nun befindet sich Stoltenberg schon deshalb unter Zugzwang, weil im Frühjahr 1979 Wahlen in Schleswig-Holstein anstehen, die bei seiner bisherigen hauchdünnen Mehrheit höchst riskant für ihn sind. Aber bis zum April kann er den NDR nicht mehr zum Parteisender umfunktionieren. Aber wie er, glauben viele Unionspolitiker an die Allmacht der Massenmedien als Wahlhelfer.

Das Märchen vom Funk als Wahlhelfer der SPD

Stoltenbergs Parteifreund Kurt Biedenkopf, den CSU-Chef Strauss unlängst als geeigneten Kanzlerkandidaten bezeichnete, berief sich auf eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach, wonach 75 Prozent der Journalisten auf eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition «hingearbeitet» hätten. Inzwischen hat die Allensbach-Chefin Elisabeth Noelle-Neumann, überzeugte Parteigängerin der CDU, ihre Behauptungen

nach massiven Angriffen anderer Institute zurückgezogen. Das war peinlich für die Union, deren Schiesspulver damit nass wurde. Doch Biedenkopf kam das Allensbach-Material wie gerufen. Also folgerte er messerscharf, «es ergäbe sich eine kritische Situation, vor allen Dingen im Hinblick auf die Chancengleichheit der Parteien bei einer Bundestagswahl».

Biedenkopf – über den übrigens der Schweizer Schriftsteller Urs Jaeggi in seinem neuen Roman «Brandeis» ein satirisches Porträt zeichnet, das den kleinen Professor als schäbigen Opportunisten blossstellt –, wiederholte nur, was sein westfälischer Parteifreund Heinrich Windelen bereits behauptet hatte. Der Rundfunk soll Schuld daran gewesen sein, dass die Union bei den letzten Bundestagswahlen den Sieg knapp verfehlt habe.

Die deutsche Rechte hat sich mit dieser These wieder eine Dolchstosslegende geschmiedet, denn die Theorie lässt sich nicht durch objektive, nachprüfbare Daten belegen. Schliesslich erreicht der Rundfunk nach Ansicht vieler Experten mit politischen Sendungen nicht die Wirkung der Tagespresse, da sich das gedruckte und damit nachprüfbare Wort stärker dem Gedächtnis einprägt. Und wer wollte bestreiten, dass die in Privatbesitz befindliche deutsche Presse, wegen der wirtschaftlichen Interessen ihrer Besitzer, in vielen Punkten der SPD durchaus skeptisch gegenübersteht, auch wenn parteipolitisch nicht gebundene Journalisten den Kurs von Bundeskanzler Helmut Schmidt überwiegend sachlich kommentieren? Pressefreiheit und Pressevielfalt werden sich auf die Dauer kaum ohne Redaktionsstatute aufrecht erhalten lassen. Angesichts der bedrohlichen Konzentration, dem Verschwinden kleinerer Blätter, erscheint Paul Sethes Warnung immer bedeutungsvoller, der davon sprach, dass Pressefreiheit die Freiheit weniger Leute wäre, ihre eigene Meinung zu verbreiten.

Die Unabhängigkeit der Journalisten ist in Gefahr

Immer wieder zeigen Beispiele, wie die öffentliche Meinung manipuliert werden kann und zwar weniger durch plumpe Entstellungen als vielmehr durch Totschweigen bestimmter Fakten. Während des Streiks in der Stahlindustrie in Norddeutschland, wies der Verleger Alfred Neven-Du Mont des als betont liberal geltenden «Kölner Stadt-Anzeigers» seine Redaktion an, sich eines Kommentars zur Forderung nach der 35-Stunden-Woche zu enthalten. Doch um noch einmal auf Biedenkopf zurückzukommen. Von ihm stammt der geschraubte Satz: Wenn aber die Anstalten «durch die Mehrheit ihrer Redakteure Partei ergreifen, dann verlassen sie den Bereich der Autonomie und gehen in einen anderen Bereich über, nämlich in den Bereich der politischen Parteien und dazu sind sie nicht legitimiert. Soll die kritische Reflexion über die Politik etwa verboten werden? Biedenkopf ruft nach verschärften Kontrollen, weil er offensichtlich einer Meinungsbildung ohne Vormundschaft seiner Partei misstraut und das ist letzten Endes ein Eingeständnis für autoritäre Auffassungen.

Die SPD hat derartige Angriffe als Teil einer Kampagne gegen das be-

währte System des Rundfunks bezeichnet. Parteisprecher Lothar Schwarz sprach von skrupelloser Verfälschung und hemmungsloser Propaganda», mit der dieser Feldzug betrieben würde. Ziel des Unternehmens wäre eine Einengung und der Abbau der journalistischen Unabhängigkeit. Dennoch wäre es besser gewesen, wenn die SPD nicht nur immer auf Angriffe reagiert, sondern von sich aus ein verbessertes Medienkonzept entwickelt und der Öffentlichkeit vorgelegt hätte. Das wäre um so notwendiger gewesen, da Heinrich Windelen, selbstverständlich Anhänger einer «privatwirtschaftlichen Konkurrenz» für die Anstalten des öffentlichen Rechts, mit Argumenten aufgetreten ist, die daran zweifeln lassen, ob er als Politiker dem Thema Medienpolitik überhaupt geistig gewachsen ist.

Die Hamburger SPD setzt auf Mitbestimmung der NDR-Mitarbeiter

Eine Konkurrenz für die öffentlich-rechtlichen Anstalten durch Privatstationen, die sich nur durch Werbeeinnahmen tragen, würde das als Volk der Dichter und Denker apostrophierte deutsche Volk in einen zurückgebliebenen Fellachenstamm verwandeln, dessen Niveau von den hirnlosen Schlagzeilen der «Bild»-Zeitung bestimmt würde. Wer in der BRD die Meinungsfreiheit erhalten will, kann nur für die Erhaltung der bisherigen Sender und die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen eintreten. Statt Pressionen im Stil des Herrenmenschen und ehemaligen Krupp-Direktors Stoltenberg, müssen weitere Freiheitsräume geschaffen werden.

Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose hat in einem Gegenvorschlag für einen neuen NDR-Staatsvertrag eine liberale Verbesserung vorgeschlagen, mit dem der Einfluss der politischen Parteien zurückgedrängt und die Unabhängigkeit des Senders gestärkt werden soll. Er verlangt die Mitbestimmung von NDR-Arbeitnehmern und die Aufnahme von Arbeitnehmern in den achtköpfigen Rundfunkrat. Eine Rechtsaufsicht über das Programm lehnt Klose, von Haus aus übrigens Jurist, entschieden ab. Ob allerdings die von ihm gebilligte Zulassung «weiterer Veranstalter» von Rundfunksendungen im Sendegebiet des NDR durch einen Staatsvertrag der drei betroffenen Bundesländer geregelt werden soll, erscheint zweifelhaft.

Angesichts der Grösse des Springer-Konzerns bleibt zu befürchten, dass von Zeitungsverlegern gegründete Privatstationen in wenigen Jahren nur Ableger von «Bild» sind. Und wo Springer nicht an den Drücker kommt, lauern andere Meinungsfabrikanten wie Bauer und Burda, beide von einem konservativen antisozialistischen Sendungsbewusstsein geprägt. Bis Ende 1980 haben die drei Landesregierungen in Kiel, Hamburg und Hannover Gelegenheit zur Einigung über einen neuen Staatsvertrag. Ein erneuter Sieg der SPD/FDP-Koalition bei den im gleichen Jahr fälligen Bundestagswahlen dürfte den Eifer der Union, den NDR zu zerschlagen, wahrscheinlich dämpfen. Ein Sieg der Union wäre allerdings gleichbedeutend mit einem politischen Steppenbrand im Funk.